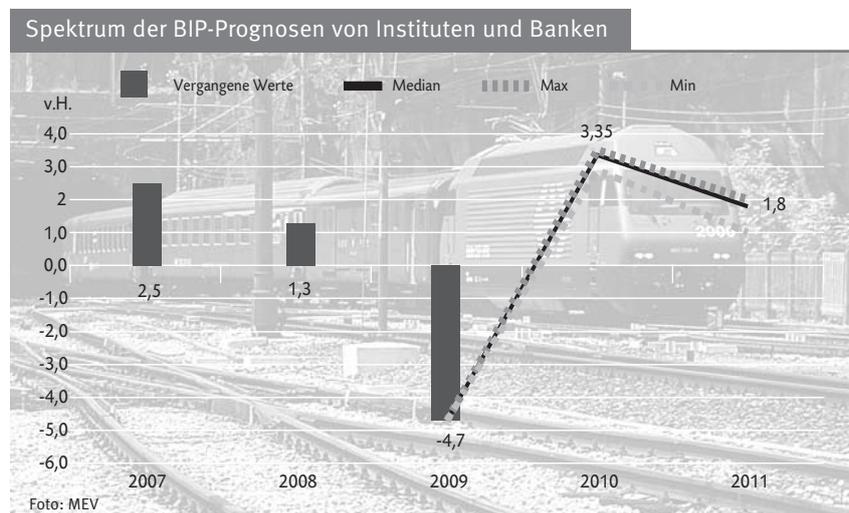


## Kommt nach dem Sommermärchen die konjunkturelle Sommerpause?

*Die deutsche Wirtschaft hat im zweiten Quartal 2010 mit einem erstaunlichen Wachstum überrascht und die Jahresprognosen der Experten stark nach oben verschoben. Allerdings weist das weltwirtschaftliche Umfeld erhebliche Unsicherheiten auf, die insbesondere den deutschen Exportmarkt treffen können. Für das dritte und vierte Quartal ist daher eher mit schwachen Wachstumsimpulsen zu rechnen.*

Das Statistische Bundesamt hat mit der Veröffentlichung der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandprodukts (BIP) im zweiten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorquartal in Höhe von 2,2 v.H. alle Erwartungen übertroffen. Gleich-

zeitig wurde das Ergebnis für das erste Quartal 2010 gegenüber dem vierten Quartal 2009 um 0,3 Prozentpunkte auf 0,5 v.H. nach oben korrigiert. Die meisten Institute hatten für das zweite Quartal ein moderates Wachstum von etwa 1 v.H. prognostiziert und gingen für das laufende Jahr von einer Veränderungsrate des BIP zwischen 1,5 und 2,0 v.H. aus. Angesichts dieser positiven Nachrichten erhöhten Experten ihre Prognosen für das BIP-Wachstum im Jahr 2010 und 2011 und geben jetzt Veränderungsraten zwischen 2,9 und 3,5 bzw. 1,0 und 2,0 an.



Quellen: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilungen der Commerzbank, DIHK, DEKA, Deutsche Bundesbank, Deutsche Bank, HVB/Unicredit, Allianz, Landesbank Berlin. Stand 27.8.2010

zeitig wurde das Ergebnis für das erste Quartal 2010 gegenüber dem vierten Quartal 2009 um 0,3 Prozentpunkte auf 0,5 v.H. nach oben korrigiert. Die meisten Institute hatten für das zweite Quartal ein moderates Wachstum von etwa 1 v.H. prognostiziert und gingen für das laufende Jahr von einer Veränderungsrate des BIP zwischen 1,5 und

Mit positiven Impulsen hat neben den Investitionen, den staatlichen Konsumausgaben sowie dem Außenhandel auch der private Konsum mit 0,3 Prozentpunkten zum Anstieg der wirtschaftlichen Leistung beigetragen. Die privaten Konsumausgaben werden durch die anhaltende Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt gestützt.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat die Anzahl der Erwerbstätigen im zweiten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahr und gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt jeweils um 0,2 v.H. zugenommen. Während im produzierenden Gewerbe noch Jobs abgebaut werden, verzeichnen der Dienstleistungsbereich und das Baugewerbe bereits Zuwächse. Gleichzeitig verliert die Kurzarbeit weiter an Bedeutung. Im Mai 2009 wurde an 1.441 Tsd. Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Die letzten offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit weisen im Mai 2010 nur noch 481 Tsd. Kurzarbeiter aus. Auf Grund der guten Auftragslage in der Industrie – im Juni 2010 stiegen die Auftragseingänge um 3,2 v.H. im Vergleich zum Vormonat und um 28,4 v.H. gegenüber dem Vorjahr –

### IN DIESER AUSGABE

Kommt nach dem Sommermärchen die konjunkturelle Sommerpause? ...	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU .....	3
Ergebnisse der Augustumfrage 2010 ..	4
Deutlich verbesserte Stimmung bei den wissensintensiven Dienstleistern .....	5
Wie Finanzmarktexperten die Geldpolitik der EZB wahrnehmen .....	6
Ein-Euro-Jobs in Deutschland verfehlen ihre Beschäftigungsziele deutlich .....	8
Evaluation der Beschäftigungs- und Wohlfahrtseffekte der Hartz IV-Reform .....	10
Der Beitritt Estlands zur Eurozone: Eine ökonomische Bewertung .....	12

wird die Zahl der Kurzarbeiter bis zum Jahresende wohl rückläufig bleiben. Im Juli setzte sich zudem der fallende Trend der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit weiter fort. Die Vorhersagen der Institute rechnen mit einer Arbeitslosenquote (BA-Definition) zwischen 7,3 v.H. und 8,2 v.H. für 2010 und mit 7,3 v.H. bis 7,8 v.H. für 2011.

### Stimmungsindikatoren signalisieren Verlangsamung

Im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind die Aussichten von erheblichen Unsicherheiten geprägt. Während Stimmungsindikatoren die aktuelle Lage in Deutschland durchweg positiv bewerten, beinhalten die Erwartung für die nächsten 6 Monate Anzeichen für eine Abkühlung der Konjunktur. So sind die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland im August zum vierten Mal in Folge auf einen Stand von 14,0 Punkten gefallen und liegen nun schon seit zwei Monaten unter dem historischen Mittelwert von 27,3 Punkten. Die Geschäftserwartungen des ifo-Konjunkturtests sind im August ebenfalls leicht zurückgegangen. Sie befinden sich allerdings immer noch auf einem sehr hohen Niveau, wie es zuletzt vor Beginn der Krise erreicht wurde. Einzig die Konjunkturerwartun-

gen der Verbraucher legten im August weiter zu. Der entsprechende Indikator der GfK-Konsumklimastudie stieg erneut deutlich an, allerdings nicht mehr so stark wie noch im Juli.

Das Konsumklima in Deutschland profitiert derzeit von der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt und der niedrigen Inflationsrate. Allerdings werden aktuell als Reaktion auf das starke Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal seitens der Gewerkschaften Forderungen nach höheren Löhnen laut, die, wenn sie sich durchsetzen, zusammen mit steigenden Rohstoffpreisen die Gefahr höherer Inflationsraten bergen.

Zukünftige Kostenfaktoren dürften zudem die auslaufenden Konjunkturprogramme und die Ausgabenkürzungen im Rahmen des Sparpakets darstellen, das Anfang Juni 2010 von der Bundesregierung zur Rückführung des strukturellen Defizits gemäß den Vorgaben der neuen Schuldenregel beschlossen wurde. Dabei handelt es sich unter anderem um Einsparungen im Bereich der Sozialleistungen und der Verwaltung sowie um Subventionsabbau und steuerliche Veränderungen im Energie- und Finanzsektor. Experten schätzen, dass die privaten Konsumausgaben im Jahr 2010 im Median eine Veränderungsrate von 0,0 v.H. und 2011 von 0,9 v.H. erreichen. Von Bedeutung für

die konjunkturelle Dynamik in Deutschland ist aber auf Grund der Exportabhängigkeit ebenso die Situation auf dem Weltmarkt. Diesbezüglich weist das vom Münchner Ifo-Institut ermittelte Barometer zur Stimmung in der Weltwirtschaft für das dritte Quartal 2010 einen Rückgang auf. Die ZEW-Konjunkturerwartungen für die wichtigsten Handelspartner Deutschlands sind ebenfalls rückläufig. Die aktuellen Zahlen zur Wirtschaftsleistung in den USA, Japan und in einigen europäischen Ländern zeugen von einer Verlangsamung des Erholungsprozesses. Damit ist es fraglich, ob die deutschen Unternehmen ihre Exporte weiterhin so kräftig ausweiten können wie in den letzten Monaten. Im zweiten Quartal waren die Exporte von Waren und Dienstleistungen aus Deutschland gegenüber dem Vorquartal um 8,2 v.H. gestiegen, die Importe nur um 7,0. Somit ergab sich ein positiver Beitrag des Außenhandels zur Zunahme des BIP von 0,8 Prozentpunkten. Für die Entwicklung der Exporte und Importe im Jahr 2010 ergibt sich eine Medianprognose von 12,7 bzw. 11,3 v.H. und im Jahr 2011 von 8,2 bzw. 7,1 v.H.

Die Wirtschaftsleistung der nächsten Quartale wird dementsprechend eher durch positive Impulse aus dem Inland als aus dem Ausland geprägt sein.

*Claudia Busl, busl@zew.de*

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2009, 2010 und 2011

	Statist. BA	Allianz		Commerzbank		DIHK		DEKA		Landesbank Berlin	
	2009	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011
BIP, real	-4,7	3,3	2,0	3,3	2,0	3,4	-	3,4	1,8	2,9	1,0
Privater Konsum	-0,2	0,1	0,9	-0,5	1,1	0,0	-	0,0	0,9	-0,7	0,7
Konsumausgaben des Staates	2,9	2,9	0,6	-	-	2,5	-	2,9	1,0	0,8	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	-10,1	-	-	3,6	6,8	5,0	-	6,0	2,3	-	-
Exporte	-14,3	14,7	8,6	12,7	7,8	12,0	-	15,8	9,2	11,9	6,2
Importe	-9,4	13,4	6,3	11,3	7,8	9,5	-	14,4	8,7	10,8	6,0
Erwerbstätige (in Tsd.)	40.271	-	-	-	-	40.370	-	-	-	-	-
Veränderung	-0,0	-0,2	0,5	-	-	-	-	0,0	0,2	-	-
Arbeitslose (in Tsd.)	3.423	-	-	-	-	3.200	-	3.200	3.200	-	-
Arbeitslosenquote	8,2* 7,4**	7,7* 7,0**	7,3 6,6**	7,7* -	7,3* -	7,3* -	-	8,2* -	7,7* -	7,7* -	7,8* -
Preisindex der Lebenshaltung	0,4	1,0	1,5	0,9	1,4	1,3	-	0,9	1,4	1,0	1,4
Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP	-3,3	-4,4	-3,4	-	-	-4,0	-	-4,9	-4,3	-5,3	-4,2

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. \*Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. \*\* Arbeitslosenquoten gemäß ILO-Definition. Quellen: Allianz 27.08.2010, Commerzbank 17.08.2010, DIHK 20.08.2010, DEKA 24.08.2010, Landesbank Berlin 20.8.2010

# Die voraussichtliche Lage in der EWU

Gemäß der jüngsten Schnellschätzung von Eurostat ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sowohl im Euroraum als auch in der EU27 im zweiten Quartal 2010 verglichen mit dem ersten Quartal 2010 um 1 v.H. gestiegen. Bezogen auf das zweite Quartal des Vorjahres betrug der Anstieg sogar jeweils 1,7 v.H. Dies bedeutet eine deutliche Zunahme der konjunkturellen Dynamik in Europa, nachdem im ersten Quartal 2010 das BIP-Wachstum nur knapp im positiven Bereich war.

Betrachtet man die jeweilige Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsstaaten, zeigt sich ein heterogenes Bild. Während vor allem Deutschland mit einer Zunahme des BIP um 2,2 v.H. erheblich zur positiven Entwicklung beigetragen hat, bewegen sich die Wachstumsraten von Italien, Spanien, Portugal oder Frankreich nach wie vor nahe der Nulllinie. Negativer Ausreißer ist Griechenland mit einem Rückgang des BIP um 1,5 v.H.

Wie groß die Bedeutung Deutschlands an der konjunkturellen Dynamik in Europa ist, zeigt sich daran, dass die Quartalswachstumsrate des BIP im Eu-

roraum ohne Deutschland lediglich bei 0,6 v.H. liegt. Deutschland hat dabei in großem Maße von der lebhaften Weltwirtschaft profitiert. Zudem konnte die deutsche Wirtschaft aufgrund der im europäischen Vergleich erstaunlich stabilen Arbeitsmarktentwicklung schnell auf das Anziehen der Nachfrage reagieren. In einigen anderen Ländern dämpfen die hohe Arbeitslosigkeit, die Folgen der Immobilienkrise sowie ein erheblicher Verschuldungsgrad der Haushalte weiterhin die Nachfrage.

Die konjunkturelle Lage in Europa wird zwar in den nächsten Monaten positiv bleiben, allerdings wird die Entwicklung nach Meinung von Konjunkturexperten schwächer ausfallen als im zweiten Quartal 2010. Die Abhängigkeit vom Außenhandel in Kombination mit der unsicheren wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten sowie einer erwarteten Abschwächung der Konjunktur in Asien werden die Exporttätigkeit Europas dämpfen. Zudem wird die hohe Staatsverschuldung in manchen Ländern der Eurozone schnelle Korrekturmaßnahmen unumgänglich machen. In Richtung einer schwach positiven konjunk-

turellen Entwicklung deutet ebenfalls der ZEW-Konjunkturindikator für den Euroraum. Zwar wird nach wie vor überwiegend von einer Verbesserung der Situation in den nächsten 6 Monaten ausgegangen, allerdings hat die Anzahl der Teilnehmer, die eine Verbesserung erwarten, im Vergleich zum Vormonat abgenommen.

Wie schon für das zweite Quartal wird für das dritte und vierte Quartal 2010 eine heterogene Entwicklung für die Länder der Eurozone prognostiziert. Während Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien weiterhin die konjunkturelle Dynamik der Eurozone bremsen, befinden sich Deutschland, Österreich oder die Niederlande bereits wieder auf einem Wachstumspfad.

Die Europäische Zentralbank sieht momentan keinen Bedarf an einer Veränderung des Leitzinsniveaus, das derzeit bei 1 v.H. liegt. Die Inflationsrate liegt derzeit bei 1,7 v.H. Zudem sieht die EZB die Gefahr, die schwachen Wachstumsimpulse in den Krisenländern der Eurozone durch eine Erhöhung der Leitzinsen abzuwürgen.

Andreas Sachs, [sachs@zew.de](mailto:sachs@zew.de)

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011
BIP, real	1,0	1,6	0,9	1,0	-0,6	0,7	1,3	2,0	1,2	1,6	0,3	2,8
Privater Verbrauch	-0,1	0,7	0,2	0,8	-0,3	0,3	0,9	1,3	0,9	0,6	0,3	1,5
Investitionen	-2,4	2,4	-0,3	0,8	-9,5	-3,2	-2,0	1,6	-3,2	1,9	-24,0	2,3
Exporte	8,6	9,4	7,3	4,1	6,6	7,3	7,8	6,4	5,8	6,6	5,0	4,8
Importe	8,1	7,8	6,1	2,8	0,0	1,5	7,3	6,2	2,8	5,0	0,8	3,5
Verbraucherpreise	1,5	1,5	1,6	1,9	1,6	1,4	2,0	2,1	1,8	2,1	-1,5	0,3
Arbeitslosenquote	10,3	10,4	8,8	8,8	19,7	19,8	8,8	9,0	-0,1	0,2	13,8	13,4
Beschäftigung	-1,0	0,1	-0,7	0,4	-2,5	-0,1	-0,9	0,2	5,1	5,4	-3,5	0,4

	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		GB (nachrichtlich)	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011
BIP, real	-1,3	1,8	1,4	1,0	2,7	3,0	1,1	0,7	-3,8	-1,9	1,3	1,7
Privater Verbrauch	0,3	0,3	1,3	0,8	2,4	2,6	1,7	0,3	-5,8	-3,5	0,5	0,7
Investitionen	-12,0	1,0	-3,0	-0,3	-1,5	4,2	-3,1	0,2	-12,7	-5,4	3,7	1,1
Exporte	10,8	7,8	8,0	4,6	7,0	7,0	3,5	2,0	2,9	9,5	4,2	8,8
Importe	8,5	6,0	6,7	5,5	5,5	6,3	1,8	0,3	-12,1	-1,8	7,6	4,9
Verbraucherpreise	1,5	2,0	1,6	1,4	1,0	2,5	0,8	1,1	4,5	0,8	3,0	2,7
Arbeitslosenquote	4,9	5,2	10,2	10,1	9,5	9,2	9,9	9,9	11,8	13,2	7,8	7,4
Beschäftigung	-1,6	-0,2	-0,7	0,3	-2,1	0,4	-0,5	0,0	-1,9	-0,8	-0,3	0,7

Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische Kommission, Brüssel, EWU: EFN, Florenz, Österreich: Wifo, Wien, Spanien: BBVA, Bilbao, Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve, Niederlande: CPB, Den Haag, Finnland: Nordea, Stockholm, Frankreich: BNP Paribas, Paris, Irland: ESRI, Dublin, Italien: UniCredit, Milano, Portugal: BPI, Porto, Griechenland: BoG, Athen, GB: NIESR, London.

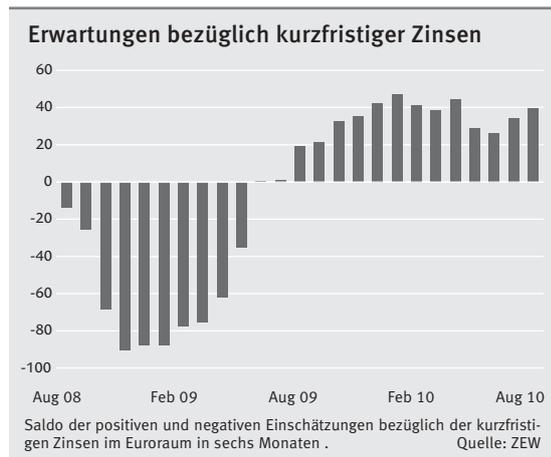
Stand: 17.8.2010

## ZEW-FINANZMARKTTEST

# Ergebnisse der Augustumfrage 2010

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger interna-

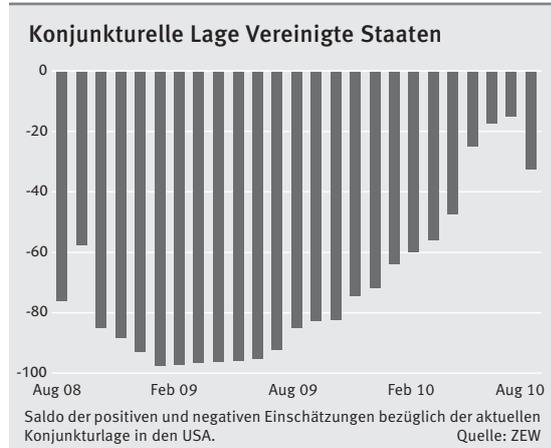
tionaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 26.07. – 16.08.10 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 20.8.2010) veröffentlicht.



## EZB: Kein Anlass für Zinserhöhungen

Nach wie vor stellen die Finanzmarktexperten, die von etwa gleichbleibenden kurzfristigen Zinsen in der Eurozone ausgehen, eine absolute Mehrheit von 56,5 v.H. dar. Dies sind allerdings weniger als in Bezug auf die Vereinigten Staaten, für die über zwei Drittel der Befragten mit gleichbleibenden Zinsen rechnen. Die jüngsten Inflationszahlen geben ebenso wenig Anlass zu Zinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank (EZB): Im Monat Juli lag die Inflationsrate in der Eurozone bei 1,7 v.H. In Deutschland ist sie mit 1,2 v.H. sogar noch niedriger. Werte dieser Größenordnung definiert die EZB, die das Ziel hat, die Inflation bei nahe unter 2 v.H. zu halten, als preisstabil. Die Inflationserwartungen der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten haben sich im Monat August im Vergleich zum Vormonat kaum verändert.

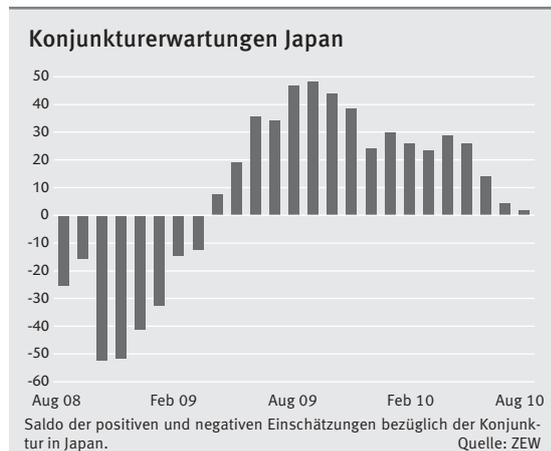
*Christian D. Dick*



## Vereinigte Staaten: Experten erwarten Konjunkturdelle

Im August haben die Finanzmarktexperten ihre Einschätzung der Konjunkturlage deutlich nach unten korrigiert. Der entsprechende Saldo verliert 17,5 Punkte und steht nun bei minus 32,6 Punkten. Dabei handelt es sich um die erste Verschlechterung der Lagereinschätzung seit Januar 2009. Ursächlich für die Eintrübung dürften schwache Konjunkturdaten gewesen sein. Enttäuschende Entwicklungen bei den Auftragseingängen, dem privaten Konsum und der Produktivität haben die US-Notenbank dazu veranlasst, länger als bisher geplant an ihren quantitativen Maßnahmen festzuhalten. Die Finanzmarktexperten scheinen die Lageverschlechterung jedoch eher für eine Delle als für einen zweiten nachhaltigen Einbruch zu halten. Auf diese Einschätzung deuten die weitgehend unveränderten Konjunkturerwartungen hin.

*Frieder Mokinski*



## Japan: Konjunkturerwartungen stabilisieren sich

Die Konjunkturerwartungen für die japanische Wirtschaft haben sich im August kaum verändert. Zuvor hatten sich die Konjunkturerwartungen seit April Monat für Monat deutlich verschlechtert. Die Stabilisierung der Konjunkturerwartungen auf Sicht von sechs Monaten dürfte auf positive Konjunkturdaten zurückgehen: Die Wachstumsdynamik war im ersten Halbjahr hoch. Darüber hinaus entwickelten sich im Juni die Auftragseingänge für Maschinenanlagen in eine erfreuliche Richtung. Dass es dennoch nicht zu einer Aufhellung der Erwartungen gereicht hat, dürfte unter anderem daran liegen, dass das Fünfzehn-Jahres-Hoch des Yen gegenüber dem Dollar die Nachhaltigkeit der positiven Konjunkturentwicklung in Gefahr bringt. Außerdem verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum zum Ende des ersten Halbjahres deutlich.

*Frieder Mokinski*

## DIENSTLEISTER DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

# Deutlich verbesserte Stimmung bei den wissensintensiven Dienstleistern

Im zweiten Quartal 2010 hat sich die konjunkturelle Lage der Unternehmen der Branchen Unternehmensberatung, technische Beratung und Planung und vor allem Forschung und Entwicklung im Vergleich zum ersten Quartal 2010 deutlich verbessert. Der Stimmungsindikator für die so genannten wissensintensiven Dienstleister, zu denen darüber hinaus Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Architekten und Werbefirmen zählen, erfährt im zweiten Quartal 2010 einen Anstieg von 7,8 Punkten und liegt nun bei einem Wert von 63,3. Der Grund für diese Steigerung liegt vor allem in der positiven Bewertung der aktuellen Geschäftslage.

So lautet das Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im Juni 2010 durchgeführt hat.

Bei den IKT-Dienstleistern hingegen ist die wirtschaftliche Lage nahezu unverändert. Der Stimmungsindikator für diese Teilbranche, die Softwareunternehmen, IT-Dienste, IKT-Händler und Telekommunikationsdienstleister umfasst, ist lediglich um 0,9 Punkte gestiegen. Damit erreicht der Stimmungs-

indikator für diese Teilbranche 58,9 Punkte. Werte über 50 Punkten deuten auf eine Verbesserung der konjunkturellen Stimmung hin und Werte unter 50 Punkten entsprechend auf eine Verschlechterung. Der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den gesamten Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft, liegt im zweiten Quartal 2010 bei 60,8 Punkten. Damit ist der ZEW-IDI im Vergleich zum ersten Quartal 2010 um 3,7 Punkte gestiegen. Dieser Anstieg deutet darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Lage bei den Dienstleistern der Informationsgesellschaft im Vergleich zum Vorquartal leicht

verbessert hat. Vor allem die Verbesserung der Geschäftslage begünstigt diese positive Entwicklung.

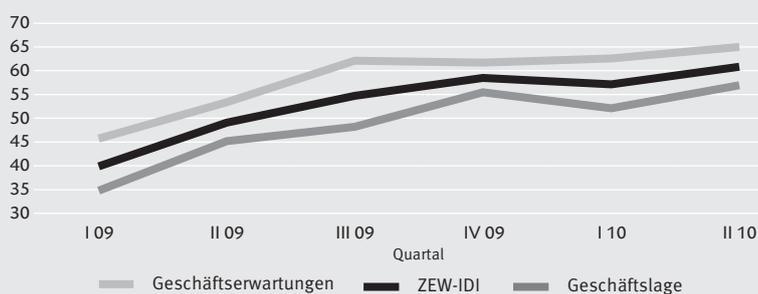
## Branchenbetrachtung

Die Unternehmen der Branche Software und IT-Dienste melden für das zweite Quartal 2010 überwiegend stabile Umsätze und eine stabile Nachfrage. Etwa zwei Fünftel der Unternehmen erwartet im dritten Quartal 2010 steigende Umsätze. Die wirtschaftliche Lage der IKT-Händler hat sich im zweiten Quartal 2010 eingetrübt. Die Unternehmen sind im Vergleich zum Vorquartal bezüglich der Größen Umsatz und Nachfrage pessimistischer. Rund zwei Fünftel der Telekommunikationsdienstleister berichten im zweiten Quartal 2010, im Vergleich zum ersten Quartal, von einem Anstieg der Nachfrage und des Ertrags.

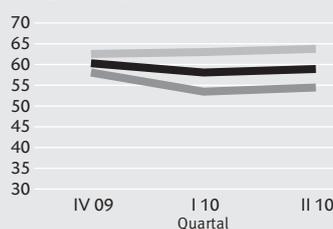
Die wirtschaftliche Lage der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, der Architekten und der Werbebranche hat sich im zweiten Quartal 2010 im Vergleich zum ersten Quartal 2010 kaum verändert. Der überwiegende Teil der Unternehmen nennt eine unveränderte Nachfrage. Die Unternehmensberater melden im zweiten Quartal 2010 eine steigende Nachfrage und einen zunehmenden Umsatz. Die konjunkturelle Lage der technischen Berater und Planer hat sich im zweiten Quartal 2010 verbessert. Sie zeichnet sich durch eine zunehmende Nachfrage aus. Die Branche Forschung und Entwicklung steht, im Vergleich zu den anderen Branchen des Wirtschaftszweigs, konjunkturell am besten da. Die Unternehmen berichten überwiegend von einem steigenden Umsatz. Über drei Viertel der Unternehmen erwarten, dass Nachfrage, Ertrag, Beschäftigung und Umsatz im dritten Quartal 2010 steigen werden.

Miruna Sarbu, sarbu@zew.de

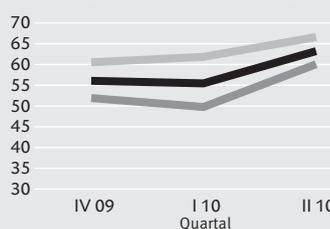
Entwicklung des ZEW-IDI



IKT-Dienstleister



Wissensintensive Dienstleister



Quelle: ZEW/Creditreform

# Wie Finanzmarktexperten die Geldpolitik der EZB wahrnehmen

*Eine effektive Kommunikation von Zentralbanken mit den Akteuren an Finanzmärkten soll sicher stellen, dass die Finanzmärkte die Zinspolitik der Zentralbanken nachvollziehen können. Dennoch sind Zinsprognosen nicht immer korrekt. Dieser Artikel geht auf zwei Ursachen von Unsicherheit ein, die dazu führen können, dass Finanzmarktexperten künftige Zinsentscheidungen der Europäischen Zentralbank nicht vollständig korrekt antizipieren.*

Für Zentralbanken ist es von Bedeutung, dass ihre Zinsentscheidungen keine Überraschung für die Marktteilnehmer bedeuten. Dazu gehört, dass die Marktteilnehmer die Zinspolitik der Zentralbank verstehen und nachvollziehen können, welche Verbindung zwischen der Zinsentscheidung und makroökonomischen Variablen wie zum Beispiel Inflation und Output besteht. Jedoch ist die Zentralbankkommunikation nicht immer effektiv.

Fehler bei der Prognose von Zinsentscheidungen können dabei im Wesentlichen zwei Ursachen haben. Erstens kann es sein, dass Finanzmarktteilnehmer zwar die geldpolitische Strategie der Zentralbank verstehen, jedoch künftige Zinsentscheidungen falsch voraussagen, da sie falsche Annahmen über Inflation und Wachstum treffen. Zweitens kann es sein, dass Finanzmarktexperten die von der Zentralbank angewendete Zinsregel, also deren Reaktion auf makroökonomische Veränderungen, nicht kennen. Für diesen Fall kann die Kommunikation verbessert werden, da Marktteilnehmer die Zinsentscheidung nicht deshalb falsch vorhersagen, weil sie falsche Informationen über die künftige wirtschaftliche Entwicklung besitzen.

Dieser Beitrag (vergleiche Schmidt und Nautz 2010) untersucht die Kommunikationspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die Uneinigkeit unter Finanzmarktexperten über künftige Zinsentscheidungen und die Ursachen unzutreffender Zinsprognosen. Zudem wird überprüft, ob die Kommunikation der EZB im März 2003, die die geldpolitische Strategie klarer definierte, die Wahrnehmung der geldpolitischen Strategie unter den Finanzmarktexperten deutlich verbessert hat. Außerdem wird

untersucht, ob sich die Finanzkrise in den Prognosemodellen der Experten niederschlägt.

## Erwartungsdaten aus dem ZEW-Finanzmarkttest

Für die Untersuchung werden individuelle Erwartungsdaten aus dem „ZEW-Finanzmarkttest“ zu kurzfristigen Zinsen, Inflation und Konjunktur verwendet. Der ZEW-Finanzmarkttest ist eine Umfrage unter Experten aus dem Finanzsektor, die seit Dezember 1991 monatlich ihre Erwartungen über die qualitative Entwicklung makroökonomischer Variablen auf Sicht von sechs Monaten abgeben. Diese Finanzmarktexperten haben im Allgemeinen einen akademischen, ökonomischen Hintergrund. Sie wissen also um volkswirtschaftliche Zusammenhänge und beobachten zudem das aktuelle Geschehen in der Wirtschaft. Durch diese Kombination sollten sie eine breite Basis für die Prognose makroökonomischer Variablen besitzen. Die Finanzmarktexperten werden üblicherweise in den ersten beiden Wochen eines Monats gefragt, ob sie erwarten, dass beispielsweise die kurzfristigen Zinsen sinken, konstant bleiben oder steigen. Mit kurzfristigen Zinsen ist der 3-monatige Interbankenzinssatz gemeint, also der 3-Monats-Euribor für die Eurozone. Für die vorliegende Studie sind außerdem die Erwartungen zur jährlichen Inflationsrate und zur Konjunktur in der Eurozone relevant.

Bei der Analyse der Daten sollte die Heterogenität der Teilnehmer beachtet werden. Dies wird in existierenden Studien, die sich auf Umfragedaten beziehen, auf unterschiedliche Art und Weise

gehandhabt. Unter anderem werden Teilnehmer in Gruppen eingeteilt – zum Beispiel nach geographischer Herkunft, Erfahrung oder Branchenzugehörigkeit. Bisherige Ergebnisse zeigen, dass es in der Tat wichtig ist, für Heterogenität in Umfragedaten zu kontrollieren. So variieren Prognosen beispielsweise je nach Erfahrung oder Branchenzugehörigkeit. Ein weiterer, verfeinerter Ansatz zur Modellierung von Heterogenität wurde vor kurzem von Rangvid et al. (2009) verwendet. Diese Autoren schätzen ein Random-Coefficient-Modell für Paneldaten. Dies bedeutet, dass die empirische Schätzung nicht nur Mittelwerte von Schätzparametern über alle Umfrageteilnehmer liefert, sondern zusätzlich ein Maß für ihre Streuung über die Teilnehmer der Umfrage.

## Die Taylorregel

Jedoch legt der Großteil der Literatur, die Zinsvorhersagen evaluieren, den Zinsvorhersagen kein theoretisches Modell zur Erklärung der Prognosen zugrunde. Eine Ausnahme hiervon ist eine Studie von Berger et al. (2009). Sie untersuchen Zinsprognosen von professionellen Konjunkturbeobachtern, die Prognosen zu den Leitzinsänderungen der Europäischen Zentralbank (EZB) abgeben. Zu diesem Zweck zerlegen sie Zinsprognosefehler, die als die Differenz des prognostizierten Werts abzüglich des realisierten Zinses definiert sind, in einen systematischen und einen unsystematischen Teil. Der systematische Teil wird von Variablen erklärt, die in Zusammenhang mit einer Taylorregel relevant sind. Der Taylorregel zufolge legen Zentralbanken die Leitzinsen  $i$  in Abhängigkeit von Inflation  $\pi$  und Konjunktur  $y$  fest. Die Taylorregel geht davon aus, dass die Zentralbank die Zinsen eher erhöht, wenn Inflation und Wirtschaftsleistung ansteigen. Die Taylorregel wurde in der bestehenden Literatur vielfach als gültige Regel zur Erklärung von Leitzinsentscheidungen bestätigt.

Die Ergebnisse von Berger et al. zeigen, dass der systematische, auf der Taylorregel basierende Teil für die Erklärung der Zinsprognosefehler relevant ist. Darüber hinaus finden die Autoren der Studie, dass die Prognosefähigkeit davon abhängig ist, ob der entsprechende Konjunkturbeobachter aus einem Finanzzentrum wie Frankfurt oder London stammt oder nicht.

Die vorliegende Arbeit baut auf der Studie von Berger et al. (2009) auf und will Zinsprognosefehler über eine Taylorregel erklären. Sie zieht im Gegensatz zu Berger et al. nicht nur Erwartungsdaten für Zinsen als die zu erklärende Variable heran, sondern ebenso Erwartungsdaten für Inflation und Konjunktur als erklärende Variablen. Für die Erklärung der Zinsprognosefehler wird zunächst angenommen, dass die Zentralbank die Zinsen entsprechend einer Taylorregel setzt. Da sich die Umfragedaten aus dem ZEW-Finanzmarkttest auf die erwartete Veränderung einer Variablen auf Sicht von sechs Monaten beziehen, wird die Taylorregel auf Basis von Veränderungen über sechs Monate  $\Delta_6$  definiert:

$$\Delta_6 i_t = \alpha \Delta_6 \pi_t + \beta \Delta_6 y_t. \quad (1)$$

Für einen Finanzmarktexperten  $j$  wird angenommen, dass er seine Zinsprognosen ebenfalls auf Grundlage einer Taylorregel erstellt. Somit hängt seine erwartete Zinsänderung  $\Delta_6 i_{jt}^e$  von seinen erwarteten Änderungen bei Inflation  $\Delta_6 \pi_{jt}^e$  und Output  $\Delta_6 y_{jt}^e$  ab:

$$\Delta_6 i_{jt}^e = \alpha_j \Delta_6 \pi_{jt}^e + \beta_j \Delta_6 y_{jt}^e \quad (2)$$

Man erhält die Zinsprognosefehler  $\Delta_6 i_{jt}^{e*}$  des Experten  $j$ , indem man von der tatsächlichen Zinsänderung (Gl. 1) die erwartete (Gl. 2) subtrahiert:

$$\Delta_6 i_{jt}^{e*} = \alpha_j \Delta_6 \pi_t + \beta_j \Delta_6 y_t - (\alpha_j \Delta_6 \pi_{jt}^e + \beta_j \Delta_6 y_{jt}^e) \quad (3)$$

Weiter muss beachtet werden, dass die Erwartungsdaten qualitativ sind, und die realisierten Variablen zunächst quantitativ. Studien, die mit den aggregierten Salden der Umfrage arbeiten, quantifizieren daher häufig die aggregierten Salden. Da hier mit den individuellen, qualitativen Zinserwartungen

gearbeitet wird (betreffende Variable steigt (=1), bleibt konstant (=0), sinkt (=−1)), wird die tatsächlich realisierte Zinsänderung, die quantitativ ist, mit Hilfe von im Finanzmarkttest abgefragten Schwellenwerten in eine qualitative Variable umgeformt. Die Schwellenwerte geben an, wie hoch eine Veränderung mindestens sein muss, damit ein Experte von der Kategorie „konstant bleiben“ zu „steigen“ oder „sinken“ übergeht. Über diese Umrechnung werden die erwarteten und die realisierten Zinsänderungen vergleichbar und es lassen sich qualitative Zinsprognosefehler ableiten.

### Schätzung und Ergebnisse

Diese qualitativen Zinsprognosefehler werden im ökonometrischen Teil in einem Panel Random Coefficient Ordered Logit Model auf die erklärenden Variablen (Gleichung 3) regressiert. Der Ordered Logit Ansatz berücksichtigt die qualitative Natur der endogenen Variablen, der Random Coefficient Ansatz ermöglicht die Schätzung der Mittelwerte ( $\bar{\alpha}, \bar{\beta}$ ) der individuellen Parameterwerte der Taylorregel der Finanzmarktexperten ( $\alpha_j, \beta_j$ ) sowie der Streuung von  $\alpha_j, \beta_j$  über deren Standardabweichungen  $\sigma_\alpha, \sigma_\beta$ . Die befragten Experten nehmen die „tatsächlichen“ Parameter  $\alpha, \beta$  der EZB dann systematisch falsch wahr, wenn die Mittelwerte  $\bar{\alpha}, \bar{\beta}$  signifikant unterschiedlich von den geschätzten Werten für  $\alpha, \beta$  sind. Es wird ebenfalls getestet, ob sich das Verhältnis von  $\bar{\alpha}, \bar{\beta}$  und  $\alpha, \beta$  nach der EZB-Kommunikation im März 2003 geändert hat.

In Bezug auf ihre geldpolitischen Strategie machte die EZB zwei Bekanntgaben. Im Oktober 1998 erklärte sie, dass die geldpolitische Strategie drei Bestandteile haben würde. Preisstabilität würde mit Inflationsraten von unter 2 v.H. erreicht werden. Darüber hinaus würde die Entwicklung der Geldmenge eine wichtige Rolle für die Einschätzung von Preisrisiken einnehmen und der Ausblick für Preisstabilität würde sich auf eine Bandbreite von Variablen stützen. Im März 2003 bestätigte die EZB diese Strategie ausdrücklich. Allerdings spezifizierte sie klarer, dass die gewünschte Inflationsrate im Bereich von 2 v.H. liegt. Die empirischen Ergebnisse

zeigen, dass das Gewicht der Inflation der Zentralbank in der Taylorregel positiv ist. Dieses Ergebnis ist im Einklang mit der Strategie der EZB, die Preisstabilität an die erste Stelle zu setzen. Jedoch nimmt der Parameter für die Konjunktur überraschenderweise einen negativen Wert an.

Den Ergebnissen zufolge nehmen die Finanzmarktexperten die Taylorregel der Europäischen Zentralbank nicht völlig korrekt wahr. Sie geben dem Inflationsparameter ein größeres Gewicht als die EZB. Jedoch hat sich die Wahrnehmung der Finanzmarktexperten hinsichtlich der Gewichtung der Inflation der Zentralbank im Zeitablauf verbessert. So können die Finanzmarktexperten seit der Kommunikation der EZB im März 2003, in der sie die geldpolitische Strategie klarer dargelegt hat, die Reaktion der EZB auf Inflation besser einschätzen als in der Vorperiode. In der Finanzkrise hat sich die Wahrnehmung weiter verbessert. Hierzu hat vermutlich die ausführliche, zusätzliche Kommunikation der EZB in dieser insgesamt sehr unsicheren Zeit beigetragen. Die Uneinigkeit der Experten hinsichtlich der Reaktion der EZB auf Inflationsrisiken hat sich im Laufe der Zeit kaum verändert. Der Outputparameter nimmt bei den Experten zunächst negative Werte an, er wird jedoch nach Ausbruch der Finanzkrise positiv. Gleichzeitig steigt die Uneinigkeit der befragten Experten über die Reaktion der EZB auf Konjunkturschwankungen seit Ausbruch der Krise deutlich an.

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass nicht nur falsche Annahmen über makroökonomische Entwicklungen bewirken, dass Finanzmarktexperten Fehler bei Zinsprognosen machen. Zusätzlich führt die Einschätzung, wie Zentralbanken auf gegebene Veränderungen reagieren, zu einer fehlerhaften Einschätzung von Zinsentscheidungen auf Seiten der Finanzmarktexperten.

Sandra Schmidt, [schmidt@zew.de](mailto:schmidt@zew.de)

#### Literatur:

- Berger, H., M. Ehrmann und M. Fratzscher (2009): Forecasting ECB monetary policy: Accuracy is a matter of geography, *European Economic Review*, 53(8), 1028-1041.  
 Rangvid, J., M. Schmelming und A. Schrimpf (2009): Higher-order beliefs among professional stock market forecasters: Some first empirical tests, ZEW Discussion Paper, No. 09-042.  
 Schmidt, S. und D. Nautz (2010): Why do financial market experts misperceive future monetary policy decisions?, ZEW Discussion Paper, No. 10-045.

# Ein-Euro-Jobs in Deutschland verfehlen ihre Beschäftigungsziele deutlich

*Mit mehr als 750.000 Teilnehmern pro Jahr sind sogenannte Ein-Euro-Jobs das am häufigsten eingesetzte Instrument zur arbeitsmarktpolitischen Aktivierung von Arbeitslosengeld II-Beziehern. Sie haben das Ziel, die Chancen der Teilnehmenden zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung zu erhöhen. Wie eine aktuelle Studie des ZEW zeigt, verfehlen Ein-Euro-Jobs diese Zielsetzung jedoch deutlich und wirken zum Teil sogar kontraproduktiv.*

Im Zuge der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Jahr 2005 wurde mit den Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante) ein neues arbeitsmarktpolitisches Instrument zur Aktivierung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Deutschland geschaffen. Ein-Euro-Jobs sind geförderte, in der Regel sechs Monate andauernde Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Sektor. Diese sollen wettbewerbsneutral und arbeitsmarktpolitisch zweckmäßig sein. Ziel der Förderung ist es, die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden zu erhalten oder zu verbessern und somit die Chancen auf den Übergang in eine reguläre Beschäftigung zu erhöhen.

Die Teilnehmer erhalten weiterhin Arbeitslosengeld II (ALG II) und zudem eine Aufwandsentschädigung in Höhe von etwa 1 bis 2 Euro pro Arbeitsstunde. Nach Intention des Gesetzgebers sollen mit Hilfe dieser Maßnahmen vor allem benachteiligte Hilfebedürftige gefördert werden, das heißt Personen mit besonderen Schwierigkeiten, eine Beschäftigung zu finden. So hatten in Deutschland gemäß dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009) im Jahr 2006 mehr als 34 v.H. aller erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen einen Migrationshintergrund, wohingegen der Anteil in der gesamten Bevölkerung lediglich 19,5 v.H. betrug. Immigranten sind demnach überproportional häufig von Hilfebedürftigkeit betroffen und stellen eine zentrale Zielgruppe der Ein-Euro-Jobs dar.

In einer aktuellen Studie des ZEW (ZEW Discussion Paper Nr. 10-027) werden die individuellen Beschäftigungswirkungen der Teilnahme an Ein-Euro-Jobs untersucht. Dabei werden separate Schätzungen für verschiedene Grup-

pen vorgenommen. Eine erste Unterteilung findet nach Geschlecht der Teilnehmer statt. Zudem werden Gruppen für Personen mit und ohne Migrationshintergrund gebildet.

## Daten und Spezifikation

Grundlage der Untersuchung sind Geschäftsdaten der Bundesagentur für Arbeit zu jeweils 80.000 Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die im Jahr 2006 in den ALG II-Bezug zugegangen sind. Diese Daten ermöglichen eine detaillierte Darstellung und Berücksichtigung der Erwerbsbiographie der betrachteten Personen. Zudem erlauben sie eine Identifikation von Personen mit Migrationshintergrund über die bloße Information der Staatsbürgerschaft hinaus.

Als Schätzstrategie wird ein sogenanntes Propensity Score Matching vorgenommen, um die durchschnittlichen Effekte von Ein-Euro-Jobs zu bestimmen. Diese Methode eignet sich dazu, die Effektivität temporärer Arbeitsgelegenheiten unter Berücksichtigung der Terminierung der Maßnahme zu evaluieren. Die Konditionierung auf den genauen Zeitpunkt des Angebots eines Ein-Euro-Jobs des Leistungsbezugs (wir unterscheiden Quartal 1 bis Quartal 4 des Leistungsbezugs, siehe Tabelle) ist notwendig, um den Effekt des Maßnahmeneinsatzes zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zu Hilfebedürftigen ohne momentane Förderung zu ermitteln.

## Negative Effekte für Männer ohne Migrationshintergrund

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass Ein-Euro-Jobs das Ziel der Erhö-

hung der Beschäftigungschancen deutlich verfehlen (siehe Tabelle). Für Männer ohne Migrationshintergrund sind sogar stark negative Beschäftigungseffekte zu verzeichnen. Bei den Personen dieser Gruppe, denen während des ersten Quartals ihres ALG II-Bezuges ein Ein-Euro-Job zugewiesen wird, sinkt aufgrund der Teilnahme die Wahrscheinlichkeit, drei Monate nach Maßnahmebeginn einer regulären Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt nachzugehen, um 4,1 Prozentpunkte. Anders ausgedrückt hätten sich die Teilnehmer ohne die Maßnahme also besser gestellt und ihre Beschäftigungswahrscheinlichkeit wäre um 4,1 Prozentpunkte höher.

Negative Effekte zu Beginn einer Maßnahme sind allerdings nicht untypisch, da hier von sogenannten Lock-in-Effekten ausgegangen werden muss. Durch die Maßnahmeteilnahme ist die Zeit der Teilnehmer begrenzt, um nach einer Beschäftigung zu suchen. Es muss daher im Vergleich zu einer Situation ohne Teilnahme von einer weniger intensiven Suche nach Beschäftigung ausgegangen werden. Erst nach Beendigung der Maßnahme ist wieder mit einem Anstieg der Suchintensität und somit einem Anstieg der Programmwirkung zu rechnen. Dies ist im Falle der Ein-Euro-Jobs jedoch nicht zu beobachten. Ein Jahr nach Maßnahmebeginn haben die teilnehmenden Männer ohne Migrationshintergrund eine um 3,1 Prozentpunkte niedrigere Wahrscheinlichkeit gegenüber vergleichbaren Nichtteilnehmern, einer regulären Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nachzugehen. Dies ist ein substanzieller Effekt, da die Wahrscheinlichkeit, ein Jahr nach Zugang in den ALG II-Bezug einer ungeforderten Beschäftigung nachzugehen, über alle arbeitslosen ALG II-Beziehenden hinweg im Durchschnitt bei etwa 20 Prozentpunkten liegt.

Die negativen Beschäftigungseffekte fallen für Männer ohne Migrationshintergrund, die im zweiten Quartal ihres Leistungsbezugs mit Ein-Euro-Jobs ge-

fördert werden, noch deutlicher aus. Hier belaufen sich die Lock-in-Effekte auf 5,6 Prozentpunkte. Ein Jahr nach Maßnahmebeginn ist die Beschäftigungswahrscheinlichkeit um 4,4 Prozentpunkte niedriger als in einer Situation ohne Förderung. Für Maßnahmen, die im dritten oder vierten Quartal des Leistungsbezugs starten, lassen sich ausschließlich negative Beschäftigungseffekte erkennen.

### Immigranten und Frauen ohne Migrationshintergrund

Ebenfalls ein enttäuschendes Bild der Wirkung von Ein-Euro-Jobs ergibt sich für Männer mit Migrationshintergrund. Für die im ersten Quartal ihres Leistungsbezugs geförderten Personen dieser Gruppe lässt sich zwölf Monate nach Maßnahmebeginn ein negativer Effekt auf die Beschäftigung von 2,7 Prozentpunkten feststellen. Zwar ist dieser Effekt nicht statistisch signifikant und es treten keine starken Lock-in-Effekte auf, jedoch nimmt der absolute Betrag des Effekts im Zeitverlauf zu. Deshalb ist bei einem längeren Beobachtungszeitraum ebenso nicht mit einer positiven Beschäftigungswirkung zu rechnen. Entsprechendes gilt für das zweite Quartal, in dem die geschätzten

Effekte zwar keinem einheitlichen Trend folgen, aber stets negativ sind. Für Förderungen, die im dritten oder vierten Quartal des Leistungsbezugs beginnen, ergeben sich zum Teil positive Effekte. Diese sind allerdings nicht statistisch signifikant.

Im Vergleich zu den Männern ist die Wirkung von Ein-Euro-Jobs bei Frauen weniger konträr zur Intention des Gesetzgebers. Sie kann dennoch keinesfalls als positiv bezeichnet werden. Dies gilt für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund. So sind die Effekte der Ein-Euro-Jobs, die im ersten Quartal des Leistungsbezugs beginnen, zwar weitgehend insignifikant, aber stets negativ. Im zweiten Quartal sind die Effekte ähnlich wie bei den Männern deutlich stärker negativ ausgeprägt. Für Frauen ohne Migrationshintergrund ergibt sich in diesem Quartal über den gesamten Beobachtungszeitraum ein negativer Beschäftigungseffekt in Höhe von etwa 3 Prozentpunkten. Bei Frauen mit Migrationshintergrund schwanken die negativen Effekte zwischen 2,8 und 4,1 Prozentpunkten. Im dritten und vierten Quartal des Leistungsbezugs sind die Effekte für geförderte Frauen ohne Migrationshintergrund negativ, aber zu meist nicht statistisch signifikant. Für Immigrantinnen zeigen sich zum Teil

positive Effekte, die aber zusammengekommen ebenfalls insignifikant sind. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass Ein-Euro-Jobs ihre beabsichtigte Wirkung nicht erreichen. Anstatt die Beschäftigungschancen zu erhöhen, verringern sie die Wahrscheinlichkeit, dass Teilnehmer eine reguläre Beschäftigung finden und aus dem ALG II-Bezug abgehen. Die Maßnahmeeffekte sind insbesondere dann negativ, wenn die Zuweisung in einen Ein-Euro-Job während des zweiten Quartals des Leistungsbezugs erfolgt. Zwar fallen die ermittelten Effekte für Immigranten häufig etwas günstiger aus als für Personen ohne Migrationshintergrund. Dennoch sind Ein-Euro-Jobs in dieser Personengruppe ebenso kein geeignetes Instrument, um die Hilfebedürftigkeit durch die Aufnahme einer Beschäftigung zu überwinden. Der Einsatz von Ein-Euro-Jobs mit dem Ziel der Aktivierung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger sollte daher kritisch überdacht werden.

Stephan Thomsen,  
stephan.thomsen@ovgu.de  
Thomas Walter, walter@zew.de

#### Literatur:

Thomsen, S. und T. Walter (2010): Temporary Extra Jobs for Immigrants: Merging Lane to Employment or Dead-End Road in Welfare?, ZEW Discussion Paper Nr. 10-027, Mannheim. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009): Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund, Abschlussbericht, Hauptband, Forschungsbericht 395, Berlin.

Wirkung von Ein-Euro-Jobs								
	Männer				Frauen			
Monat nach Maßnahmebeginn	3	6	9	12	3	6	9	12
Quartal 1								
Personen ohne MH	-0,0410***	-0,0254**	-0,0263**	-0,0312**	-0,0105	-0,0261	-0,0249	-0,0200
Personen mit MH	-0,0080	-0,0129	-0,0242	-0,0272	-0,0390***	-0,0119	0,0152	-0,0090
Quartal 2								
Personen ohne MH	-0,0565***	-0,0565***	-0,0422***	-0,0438***	-0,0310**	-0,0295*	-0,0325**	-0,0285*
Personen mit MH	-0,0438***	-0,0185	-0,0408**	-0,0243	-0,0277**	-0,0392**	-0,0407**	-0,0277
Quartal 3								
Personen ohne MH	-0,0263**	-0,0172	-0,0306**		-0,0245	-0,0145	-0,0152	
Personen mit MH	-0,0176	0,0086	0,0024		-0,0249	-0,0370**	0,0097	
Quartal 4								
Personen ohne MH	-0,0249*	-0,0138			-0,0286*	-0,0277		
Personen mit MH	0,0260	0,0349			-0,0055	0,0053		

Lesehilfe: Dargestellt ist jeweils der sogenannte Average Treatment Effect on the Treated (ATT). Er gibt an, um wie viele Prozentpunkte sich die Beschäftigungswahrscheinlichkeit eines Maßnahmeteilnehmers durch den Besuch der Maßnahme verändert. Der Eintrag in der linken oberen Ecke sagt somit aus, dass sich die Beschäftigungswahrscheinlichkeit eines Mannes ohne Migrationshintergrund, dem während des ersten Quartals seines Leistungsbezugs ein Ein-Euro-Job zugewiesen wird, drei Monate nach Maßnahmebeginn um 4,1 Prozentpunkte verringert – im Vergleich zu einer Situation ohne Maßnahmeteilnahme. \*\*\*, \*\* und \* zeigen statistische Signifikanz auf dem 1-, 5 bzw. 10-Prozent-Niveau an. MH steht für Migrationshintergrund. Für nicht gefüllte Zellen standen keine Daten zur Schätzung von Effekten zur Verfügung.

# Evaluation der Beschäftigungs- und Wohlfahrtseffekte der Hartz IV-Reform

*Im Zuge der Agenda 2010 implementierte die deutsche Bundesregierung grundlegende Arbeitsmarktrefor-men, deren Kern die Hartz IV-Gesetze darstellen. Ziel dieser Gesetze war es, dem stetig steigenden Trend der nicht-konjunkturell bedingten (strukturellen) Arbeitslosigkeit über Strukturreformen entgegen zu wirken. Als Erfolgsmaß dieser Reformen wird in der Regel die Änderung der strukturellen Arbeitslosigkeit gewählt. Krebs und Scheffel (2010) gehen in einem kürzlich erschienenen ZEW-Diskussionspapier einen Schritt weiter. Sie entwickeln ein stochastisches dynamisches Gleichgewichtsmodell, das die Berechnung eines auf individuellen Präferenzen basierenden Wohlfahrtsmaßes zur Evaluation der Hartz IV-Reform erlaubt.*

Arbeitslosigkeit ist ein substanzielles Einkommens- und Konsumrisiko, das die Wohlfahrt risikoscheuer Haushalte mindert. Die meisten Länder stellen eine Versicherung gegen diese Einkommensrisiken zur Verfügung mit dem Ziel, die soziale Wohlfahrt zu erhöhen. Eine zu umfangreiche Versicherung führt jedoch dazu, dass die arbeitslosen Haushalte entweder ihre Reservationslöhne, das heißt die Lohngrenze, zu der ein Arbeitnehmer bereit ist zu arbeiten, nach oben setzen oder ihre Suchaktivitäten auf dem Arbeitsmarkt einschränken. Die dadurch verursachte Arbeitslosigkeit generiert soziale Kosten und wirkt somit dem Versicherungseffekt entgegen. Der zentrale Zielkonflikt eines Arbeitslosenversicherungssystems liegt demnach in der Wahl zwischen einer Versicherung gegen eine Einkommenseinbuße durch Beschäftigungsverlust auf der einen Seite und der Setzung von Suchanreizen auf der anderen Seite. Demzufolge reicht die Arbeitslosenquote als Erfolgsmaß für Arbeitsmarktrefor-men allein nicht aus. Wohlfahrts- und Beschäftigungseffekte können durch-aus unterschiedlich ausfallen.

Angesichts der bis 2005 stetig gestiegenen nicht-konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit gewichtete die Hartz IV-Reform das Verhältnis zwischen Versicherungs- und Anreizeffekt im deutschen Arbeitslosenversicherungssystem zugunsten einer verstärkten Anreizsetzung neu. Die erste Stufe der Reform trat im Januar 2005 in Kraft und führte Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammen, was eine Kürzung der Bezüge für Langzeitarbeitslose beinhaltete. Die

zweite Stufe der Reform vom Februar 2006 reduzierte die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I auf 18 Monate. Beide Reformstufen ermutigen Suchanstrengungen auf dem Arbeitsmarkt und die dadurch erhöhten Abgangsraten aus der Arbeitslosigkeit führen zu einer Senkung der nicht-konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit. Der Beschäftigungsanstieg setzt zusätz-

um 1,1 Prozentpunkte, wie Tabelle 1 zeigt. Neben den Langzeitarbeitslosen, die von dieser Reform unmittelbar betroffen sind, erhöhen die Kurzarbeitslosen ihre Suchanstrengung (oder senken ihre Reservationslöhne), um der drohenden Herabstufung von Arbeitslosengeld I auf Arbeitslosengeld II zu entgehen. Berechnungen zeigen, dass die Reaktion der Kurzarbeitslosen aufgrund des gestiegenen Einkommensrisikos einen bedeutsamen Anteil am Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit von mindestens 43 v.H. haben.

Die Anzahl der Leistungsempfänger sinkt ebenso wie die durchschnittlichen Zahlungen pro Leistungsempfänger, womit letztlich die Gesamtkosten des Arbeitslosenversicherungssystems zurück gehen. Beziffert man die Kosten des Ar-

Tabelle 1: Makroökonomische Effekte der Arbeitsmarktrefor-men

	Ausgangs-situation	Hartz IV – Reform	
		Stufe 1	Stufe 2
Arbeitslosenquote	7,50 v.H.	6,38 v.H.	6,25 v.H.
Anteil der Langzeitarbeitslosen	42,00 v.H.	32,80 v.H.	31,70 v.H.
Wachstumsrate des BIP	2,00 v.H.	2,06 v.H.	2,08 v.H.
Kosten der Arbeitslosenversicherung in Konsumanteilen	3,66 v.H.	2,69 v.H.	2,54 v.H.

liche Ressourcen frei und wirkt somit positiv auf die Wohlfahrt. Dem steht ein Wohlfahrtsverlust aufgrund einer gesunkenen Versicherungsleistung entgegen. Wie wichtig diese quantitativen Effekte sind, wird von Krebs und Scheffel (2010) in einem dynamisch stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodell mit heterogenen Agenten analysiert. Die zentralen Ergebnisse der Studie werden im Folgenden dargestellt.

## Makroökonomische Effekte der Hartz IV-Reform

Die Implementierung der ersten Stufe der Hartz IV-Reform führte zu einem beachtlichen Rückgang der nicht-konjunkturell bedingten Arbeitslosenquote

beitslosenversicherungssystems als Anteil des privaten Konsums, so sinken diese Kosten von 3,66 v.H. auf 2,69 v.H. Die frei werdenden Ressourcen können von den Haushalten zu Konsumzwecken und damit zur Wohlfahrtssteigerung verwendet werden. Gleichzeitig führt der Anstieg an der Beschäftigung zu einer höheren Produktion, was ebenfalls einen höheren privaten Konsum und eine damit verbundene Wohlfahrtssteigerung erlaubt.

Verglichen mit der ersten Stufe führt die zweite Stufe der Hartz IV-Reform innerhalb des Modellrahmens lediglich zu geringen makroökonomischen Effekten. Die gleichgewichtige Arbeitslosenquote sinkt von 6,38 v.H. auf 6,25 v.H. Damit fällt der Beschäftigungseffekt

deutlich geringer als zuvor, was angesichts einer durchschnittlichen Verweildauer in der Arbeitslosigkeit von ungefähr 9 Monaten nicht überrascht. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Haushalt die maximale Bezugsdauer erreicht und die damit verbundenen Konsequenzen einer Herabstufung von Arbeitslosengeld I auf Arbeitslosengeld II zu schultern hat, ist relativ gering. Folgerichtig werden die Verhaltensanpassungen in der Suchintensität nur gering ausfallen, was die geringen Beschäftigungseffekte erklärt. Die Kosten des Arbeitslosenversicherungssystems reduzieren sich daher nur von 2,69 v.H. auf 2,54 v.H. des privaten Konsums.

### Wohlfahrtstheoretische Effekte der Hartz IV-Reform

Die wohlfahrtstheoretische Betrachtung basiert auf einer Methode, wie sie in dem einflussreichen Beitrag von Lucas (1987) vorgeschlagen wurde. Hierbei werden die Gleichgewichtszustände vor und nach der Arbeitsmarktreform miteinander verglichen und berechnet, auf wie viel Konsum die Haushalte maximal bereit sind zu verzichten. Der Wohlfahrtseffekt misst demzufolge die Zahlungsbereitschaft der Haushalte für die Durchführung der Reform und spiegelt somit die auf Präferenzen basierte Bewertung der Hartz IV-Reform wider. Tabelle 2 fasst die Wohlfahrtseffekte der Reform zusammen.

Die erste Stufe der Hartz IV Reform führt zu Wohlfahrtsgewinnen in Höhe von 0,41 v.H. des Konsums der Haushalte. Was auf den ersten Blick gering erscheint, relativiert sich angesichts der Tatsache, dass Lucas (1987) die Kosten von Konjunkturzyklen auf maximal 0,01 v.H. beziffert. Konditioniert auf den Beschäftigungsstatus und die Dauer der Arbeitslosigkeit zeigt sich, dass insbesondere die Beschäftigten von der Re-

form profitieren, da sie geringere Kosten des Arbeitslosenversicherungssystems zu tragen haben. Die Kurzarbeitslosen realisieren, auf den ersten Blick überraschend, ebenfalls Wohlfahrtsgewinne. Dies liegt daran, dass sie zwar auf der einen Seite einen negativen Wohlfahrtseffekt aufgrund des unmittelbar gestiegenen Risikos der Herabstufung auf Arbeitslosengeld II haben (Versicherungseffekt in Tabelle 2), dieser jedoch durch die Produktivitätssteigerung aufgrund einer gestiegenen Beschäftigung überkompensiert (Niveau-effekt in Tabelle 2). Im Gegensatz dazu sinkt die Wohlfahrt der Langzeitarbeitslosen deutlich.

Die Reduktion der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes in der zweiten Stufe der Hartz IV-Reform bringt aus denselben Gründen wie bei der Analyse der makroökonomischen Effekte nur geringe zusätzliche Wohlfahrtsgewinne ein. Die Gesamtwohlfahrt steigt lediglich um zusätzliche 0,04 Prozentpunkte.

Die Modellergebnisse wurden einer ausgiebigen Sensitivitätsanalyse unterzogen. Das Modell ist derart kalibriert, dass das Gleichgewicht konsistent mit den stilisierten Daten der deutschen Volkswirtschaft und insbesondere des deutschen Arbeitsmarktes ist. Eine Schlüsselposition kommt dabei der Elastizität von Abgangsraten aus der Arbeitslosigkeit auf Änderungen des Arbeitslosengeldes zu. In der Ausgangssituation wurden Werte angenommen, wie sie in empirischen Studien für Deutschland gefunden wurden. Wird angenommen, dass die Suchintensität bedeutend schwächer, d.h. weniger als halb so stark, auf eine Senkung der Arbeitslosenbezüge reagiert, so ergibt sich immer noch eine Reduktion der Arbeitslosenquote um 0,7 Prozentpunkte. Die Reaktionen der übrigen Variablen fallen dementsprechend quantitativ schwächer aus.

Qualitativ bleiben die Kernaussagen des Modells damit erhalten.

### Abschließende Bewertung

Während die Effekte der verkürzten Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I gering ausfallen, hat die erste Stufe der Hartz IV-Reform aus dem Jahr 2005 ceteris paribus zu einer beachtlichen Reduktion der nicht-konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit geführt. Darüber hinaus, aus politischer Sicht noch wichtiger, steigt die Gesamtwohlfahrt um 0,41 v.H., wenngleich die Wohlfahrtseffekte heterogen über die Beschäftigten sowie Kurz- und Langzeitarbeitslose verteilt sind.

Krebs und Scheffel (2010) reduzieren in einer zusätzlichen Berechnung die Bezugshöhe von Arbeitslosengeld II weiter, um herauszufinden, welche Wohlfahrtsgewinne eine solche Politikmaßnahme noch versprechen würde. Diese weitere Reform erhöht die Wohlfahrt jedoch nur noch um einen geringen Prozentsatz unterhalb von 0,02 v.H., was die Schlussfolgerung zulässt, dass die Bezugshöhe schon in der Nähe des Optimums gewählt wurde. Allerdings sei betont, dass die modelltheoretische Analyse in der vorliegenden Form bisher keinerlei Aussage erlaubt, ob eine Verfeinerung in der Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes II, wie sie beispielsweise vom Sachverständigenrat in seinem Gutachten 2006/2007 über die Hinzuverdienstmöglichkeiten vorgeschlagen wurde, nicht doch noch substantielle Wohlfahrtsgewinne generieren kann.

*Martin Scheffel, scheffel@zew.de*

#### Literatur:

Krebs, Tom/Scheffel, Martin (2010): A Macroeconomic Model for the Evaluation of Labor Market Reforms, ZEW Discussion Paper No. 10-050.  
Lucas, Robert E. (1987): Models of Business Cycles, Oxford.  
Sachverständigenrat (2006): Jahresgutachten 2006/07, Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen, Wiesbaden.

Tabelle 2: Wohlfahrtseffekte der Arbeitsmarktreformen

	Wohlfahrt	Stufe 1		Stufe 2		
		Niveau	Versicherung	Wohlfahrt	Niveau	Versicherung
Gesamt	0,41 v.H.	1,93 v.H.	-1,52 v.H.	0,45 v.H.	2,02 v.H.	-1,57 v.H.
Beschäftigte	0,48 v.H.	1,93 v.H.	-1,45 v.H.	0,52 v.H.	2,02 v.H.	-1,50 v.H.
Kurzarbeitslose	0,17 v.H.	1,93 v.H.	-1,76 v.H.	0,18 v.H.	2,02 v.H.	-1,84 v.H.
Langzeitarbeitslose	-1,70 v.H.	1,93 v.H.	-3,63 v.H.	-1,65 v.H.	2,02 v.H.	-3,67 v.H.

# Der Beitritt Estlands zur Eurozone: Eine ökonomische Bewertung

*Zum 1. Januar 2011 tritt Estland der Eurozone bei. Diese Entscheidung wurde im Vorfeld durchaus kontrovers diskutiert. Die Wirtschaftskrise hat sich zu einer Bewährungsprobe für die Europäische Währungsunion entwickelt. Insbesondere der Zeitpunkt der Einladung zum Beitritt stand deshalb im Zentrum der Kritik.*

Es heißt, die Aufnahme eines weiteren Staates, der zudem nicht unbedingt zu einer höheren Stabilität in der Eurozone beitrage, sei eine zusätzliche Belastung für die Gemeinschaft.

Allerdings ist dieser Vorwurf bei genauer Betrachtung der estnischen ökonomischen Kennzahlen nicht unbedingt haltbar. Die Entscheidung über einen Beitritt zur Eurozone wird maßgeblich von vier Konvergenzkriterien bestimmt, die 1992 im Vertrag von Maastricht bestimmt wurden. Diese sind Preisniveaustabilität, Haushaltsstabilität, Wechselkursstabilität sowie Stabilität der langfristigen Zinssätze. Das Kriterium der Haushaltsstabilität, gemessen an der Nettoneuverschuldung und am öffentlichen Schuldenstand, jeweils in Relation zum Brutto-Inlandsprodukt (BIP), wird von Estland problemlos erfüllt.

Während die Staatsverschuldungsquote im Durchschnitt in der Eurozone bei über 75 v.H. des nationalen Brutto-Inlandsprodukt liegt und der zulässige Grenzwert 60 v.H. des BIP beträgt, liegt der Wert in Estland lediglich bei ungefähr 7,5 v.H. des estnischen BIP. Die Neuverschuldung stellt ebenfalls keine Hürde dar. Sie betrug 2009 1,7 v.H. des BIP und bleibt wohl in den beiden Folgejahren ebenfalls unterhalb von 3 v.H. Die Europäische Zentralbank meldet dennoch Zweifel an der Nachhaltigkeit

der wirtschaftlichen Entwicklung in Estland an. Insbesondere das Konvergenzkriterium der Preisniveaustabilität, gemessen an der Inflationsentwicklung, steht dabei im Fokus der Europäische Zentralbank.

Die Inflationsrate Estlands darf hierbei lediglich 1,5 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Inflationsrate der drei preisstabilsten Länder der Eurozone liegen, das heißt Staaten mit den niedrigsten Inflationsraten, soweit diese im positiven Bereich liegen. Zwar betrug die Inflationsrate in Estland 2009 – 0,1 v.H., allerdings war sie in den Jahren davor starken Schwankungen unterworfen. So wurde die Veränderung des Verbraucherpreisindex 2008 noch mit einem Wert von 10,4 v.H. angegeben. Der niedrige Wert für das Jahr 2009 ist hauptsächlich den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet. Da die Wirtschaftsleistung in Estland momentan noch unter dem europäischen Durchschnitt liegt, wird eine erwartete Zunahme der konjunkturellen Dynamik Estlands vermutlich die Inflationsrate wieder in höhere Regionen steigen lassen.

Vor diesem Hintergrund ist die kritische Betrachtung der EZB nicht von der Hand zu weisen. Da die Einführung des Euro Korrekturmaßnahmen durch die estnische Zentralbank unmöglich ma-

chen könnte ein deutlicher Anstieg der Inflationsraten in Estland die geldpolitische Situation in Europa verschlechtern. Insbesondere wird der Handlungsspielraum der EZB hinsichtlich einer Anpassung der Leitzinsen durch eine Zunahme der Heterogenität der Teilnehmerländer der Eurozone weiter eingeschränkt. Die EZB befindet sich in einer Zwickmühle, wenn die unterschiedliche Wirtschaftsleistung aufgrund von Aufholprozessen in manchen Ländern die Inflationsraten nach oben treibt, während in anderen Ländern die Konjunktur nur langsam in Gang kommt. Hohe Inflationsraten erfordern eine Erhöhung der Leitzinsen durch die Zentralbank, um das Preisniveau stabil zu halten, während dies gleichzeitig die Konjunktur in anderen Ländern beeinträchtigen könnte.

Demnach stellt sich die Frage, ob der Beitritt Estlands tatsächlich mit einem Anstieg der ökonomischen Heterogenität der Länder der Eurozone, insbesondere hinsichtlich der Preisniveaustabilität, einhergeht. Die aktuellen Zahlen der Inflationsentwicklung deuten tatsächlich in diese Richtung. So lag die jährliche Inflationsrate Estlands im Juli 2010, bezogen auf den gleichen Monat des Vorjahres, bereits bei 2,8 v.H., während der EU-Durchschnitt lediglich 1,7 v.H. betrug. Ob Estland das Inflationskriterium weiterhin einhalten kann, nachdem es im Januar 2011 der Eurozone offiziell beitrifft, bleibt abzuwarten.

*Andreas Sachs, sachs@zew.de*

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim  
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (kaufmännischer Direktor)

**Redaktion:** Claudia Busl, Telefon 0621/1235-336, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: [busl@zew.de](mailto:busl@zew.de)  
Dr. Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: [kappler@zew.de](mailto:kappler@zew.de)  
Andreas Sachs, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: [sachs@zew.de](mailto:sachs@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010